GENDER OPEN REPOSITORIUM

"... für die Sache der Wahrheit" : Der Skandal im Bund für Mutterschutz und die Frage nach der Rolle der Presse

Wolff, Kerstin

2012

https://doi.org/10.25595/1403

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wolff, Kerstin: *"... für die Sache der Wahrheit" : Der Skandal im Bund für Mutterschutz und die Frage nach der Rolle der Presse*, in: Ariadne : Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (2012) Nr: 62, 14-21. DOI: https://doi.org/10.25595/1403.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Archiv der deutschen Frauenbewegung (AddF).

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY NC 4.0 Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY NC 4.0 License (Attribution - NonCommercial). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Ariadne

Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte

NOVEMBER 2012 HEFT 62






Skandal!

Aufregendes aus den Frauenbewegungen



»... für die Sache der Wahrheit«

Der Skandal im Bund für Mutterschutz und die Frage nach der Rolle der Presse

Kerstin Wolff

geb. 1967, Dr. Historikerin, Mitarbeiterin der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung. Publ. vor allem zu Themen und Personen aus der alten und neuen Frauenbewegung. Zuletzt zusammen mit Julia Paulus und Eva-Maria Silies (Hg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2012.

Helene Stöcker, Vorsitzende im Bund für Mutterschutz, bezeichnete in ihrer unveröffentlichten Autobiographie die Jahre zwischen 1909 und 1910 im Rückblick als die *»dunkelsten, die ich bisher erlebt habe.«*[1] Damit bezog sie sich auf die Auseinandersetzungen, die innerhalb des Bundes zwischen ihr und Adele Schreiber aufgebrochen waren und die als ›Krise im Bund für Mutterschutz‹ traurige Berühmtheit erlangt haben. Obwohl damals viele Zeitungen über den Skandal berichteten, haben heutige Autor_innen sich selten explizit mit dieser Auseinandersetzung beschäftigt. Sowohl die Biografin von Helene Stöcker – Christel Wickert – als auch Asja Braune als Autorin einer neuen Biografie zu Adele Schreiber gehen auf diesen Streit ein, loten aber die Tiefen nicht aus.[2] Beide schildern den Konflikt und benennen den aus ihrer Sicht sich herauskristallisierenden Konfliktpunkt, aber beide halten sich auffallend mit Deutungen der Auseinandersetzung zurück. Taucht man näher in das archivalische Material zu diesem Konflikt ein – enthalten ist es im Nachlass von Adele Schreiber, welches sich im Bundesarchiv in Koblenz befindet – versteht man sofort, wie es zu dieser auffallenden Zurückhaltung kommt. In mindestens zehn Akten von teilweise erstaunlicher Dicke, breitet sich der Konflikt mit einer fast erschlagenden Materialfülle aus, ohne dass auch hieraus genau ersichtlich wird, worum es eigentlich geht. Trotzdem sind die hier versammelten Quellen geeignet, wie unter einem Brennglas der Architektur eines Konfliktes – später von den Beteiligten als Skandal bezeichnet – nachzugehen und dabei sowohl inhaltliche als auch strukturelle Fragen zu stellen.

Da es in diesem Artikel nicht darum gehen soll, alle Winkel- und Schachzüge der sich bekriegenden Parteien en détail darzustellen, soll hier versucht werden, die Pressearbeit von beiden Seiten näher zu analysieren. Dabei soll das Hauptaugenmerk auf der Forschungsaussage liegen, dass die von einem Medienskandal betroffenen Personen lediglich passiv getriebene sind, sie also keine Möglichkeit mehr haben, gestaltend in den eigenen Skandal einzugreifen. Mit dieser Aussage wird aber meiner Meinung nach verschleiert, dass auch die Skandalbeteiligten immer wieder aktiv versuchen, mit Hilfe der Presse ihre eigene Sicht bekannt zu machen. Die Presse, die den Skandal zwar erst herstellt, ist eben kein hermetisch abgeschlossener Bereich, der aus sich heraus agiert, sondern er ist zutiefst mit den Personen und Gruppen verbunden, um die es in einem Skandal geht. Ich möchte im Folgenden versuchen, diese Verbindungen zu beleuchten und damit einen anderen Blick auf einen Medienskandal zu ermöglichen.

Der öffentliche Skandal und die Presse

Es gehört inzwischen schon zu den Gemeinplätzen in der Skandalforschung, dass sich mit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert der Skandal immer mehr zu einem ›mediated event‹ zu einem von Medien produzierten Ereignis veränderte – dass es sogar dieser Skandaltyp war, der der wesentliche in dieser Epoche war.[3] Dafür waren mindestens zwei Faktoren von entscheidender Bedeutung. Einmal das Entstehen einer auflagenstarken Massenpresse, die die politische und gesellschaftliche Kommunikation entscheidend veränderte und zum zweiten die Herausbildung von immer wortmächtigeren Teilöffentlichkeiten, die ihre Sicht der Dinge immer stärker in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion einbrachten.[4] Darüber hinaus spielte es sicher eine nicht zu unterschätzende Rolle, dass mit dem Herstellen eines Skandals auch ein gutes Geschäft – sprich eine hohe Auflage – verbunden war. *»Es ist in den Marktgesellschaften auch ein Markt für Enthüllungen entstanden. Sie versprechen ihrerseits ein gutes Geschäft und eine – wenn auch zweifelhafte – Reputation als investigativer Jour-*

nalist und moralischer Unternehmer.«[5] Was hier Karl Otto Hondrich für die frühen 2000er Jahre formuliert, dürfte in der Spätphase des deutschen Kaiserreiches auch seine Entsprechung finden.

Unter Medienskandalen versteht man Ereignisse, welche »*durch medialisierte Formen der Kommunikation erst entstanden. Die Enthüllung dieser Skandale und ihre Kommentierung durch die Medien sind keine zweitrangigen oder beliebigen Merkmale, sondern für diese Art des Skandals konstitutiv.*«[6] Unter diesen Voraussetzungen wird die Presse, werden die Medien insgesamt, zu Hervorbringern und Motoren eines Skandals, denn dieser wird erst einmal enthüllt, dann ausgebreitet, kulminiert in einem Höhepunkt (zum Beispiel in einem Gerichtsprozess), um schließlich in einem Nachspiel langsam unter zu gehen. Dieser idealtypische Phasenverlauf von Medienskandalen verweist die von einem Skandal direkt betroffenen Personen auf die passive Seite des Geschehens; Kohlrausch spricht Bezug nehmend auf die Theorie von Thompson sogar explizit davon, dass in der zweiten Phase eines Medienskandals »*den Individuen im Zentrum des Skandals lediglich bleibt, zu reagieren.*«[7]

Auch für den hier zu untersuchenden Skandal in den Reihen des Bundes für Mutterschutz (B.f.M.), wird der oben beschriebene Phasenverlauf deutlich, auch wenn es sich nicht um einen Medienskandal im eigentlichen Sinne handelt. Trotzdem wurden erst durch das Publizieren des Konfliktes im B.f.M. für die Allgemeinheit, aber auch für viele eher am Rand stehenden Mitglieder die Unstimmigkeiten, die sich im Vorstand zeigten, enthüllt (Phase 1) und damit die Basis für einen Skandal geschaffen. Da es sich beim Bund um einen Verein handelte, der sich der Veränderung der moralischen Maßstäbe in Bezug auf uneheliche Lebensgemeinschaften und uneheliche Mutterschaften verschrieben hatte, fanden sich auch genug Medien, die diesen Skandal aufnahmen und weiter durchspielten (Phase 2). In der dritten Phase kam es zu einer Kulminierung in Form von Beleidigungsklagen, (die sich allerdings nicht gegen die Presse richteten, sondern an die jeweilige Gegenpartei), bis sich der Skandal mehrere Jahre später wahrscheinlich nur aufgrund des Ersten Weltkrieges langsam auslief.

Was sich aber von einem ›klassischen‹ Medienskandal wesentlich unterschied und was auch im Folgenden im Zentrum des Artikels stehen soll, ist die Rolle der den Skandal auslösenden und tragenden Personen. Sie waren im Skandalgeschehen durchaus keine passiven Randfiguren, denen nur das Reagieren übrig blieb – im Gegenteil. Diese bedienten das Interesse der Presse an dem Skandal und versuchten mit sehr unterschiedlichen Methoden die Öffentlichkeitswirksamkeit der Medien für sich und ihre Anliegen zu nutzen. Dieser Aneignungspraxis der im Zentrum eines Skandals Stehenden möchte ich in diesem Artikel näher nachgehen.

Kassenführung oder außereheliches Liebesverhältnis – worum geht es eigentlich?

Im Februar 1910, nach bereits 2 bis 3 Jahren interner Konflikte, publizierte eine Gruppe um die Journalistin und Frauenrechtlerin Adele Schreiber eine Schrift mit dem schlichten Namen: »Zur Krise im Bund für Mutterschutz«. In diesem, anlässlich der außerordentlichen Generalversammlung 1910 in Berlin, verteilten Heft schildern die verschiedenen Autor_innen die Ereignisse, die ab 1908 in die Krise führten, als Versuch, den Bund von den »*abschüssigen Bahnen, auf die zugesteuert wurde*« zu bewahren.[8] Diese ›abschüssigen Bahnen‹ bezogen sich vor allem auf die Finanzen des Bundes, die durch die Gewährung von Gehältern stark belastet waren. Adele Schreiber hatte deshalb in einer Vorstandssitzung vorgeschlagen, die Vorstandsarbeit des Bundes auf rein ehrenamtliche Füße zu stellen und zur Abwicklung der täglichen Arbeit eine Geschäftsführerin bzw. einen Geschäftsführer einzustellen. Dieses Ansinnen war jedoch nicht im Sinne von Helene Stöcker, die 1.500 Mark als Gehalt vom B.f.M. bezog und dieses auch als dringend für ihr Überleben bezeichnete. Dies äußerte sie auch gegenüber dem Vorstand, dem sie am 28.6.1909 schrieb: »*Als sich im November v.J. [1908; K.W.] der Vorstand durch eine detailierte [sic!] Darlegung meiner Lage überzeugt hatte, dass es mir unmöglich sein würde, meine Arbeit ohne einen Zuschuss weiter zu führen und die Meinung des Vorstandes dahin ging, mir unter diesen Umständen den Betrag zu belassen, glaubte ich die Wiederholung eines derartigen Antrages [auf Ehrenamtlichkeit der Arbeit; K.W.] nicht mehr erwarten zu müssen.*«[9] Der Vorstand beschloss, da er Helene Stöcker als Kopf der Organisation halten wollte, ihr weiterhin das Gehalt zu bezahlen und trotzdem einen Geschäftsführer einzustellen. Dieser – Hugo Otto Zimmer – blieb allerdings nur acht Monate und verließ zum 1. Oktober 1908 den B.f.M. wieder. Um eine/n fähige/n Nachfolger_in zu finden, wurde das Gehalt der Geschäftsführer_in auf 3.000 Mark angehoben. Nach diesem Beschluss schlug Helene Stöcker vor, ihr den neu dotierten Posten zu übertragen, was auch geschah.

Durch diesen Schritt war Helene Stöcker gleich auf mehreren Ebenen für den B.f.M. aktiv. Sie war zweite Vorsitzende des Bundes, erste Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin und besoldete Geschäftsführerin. Es war diese Ämterhäufung, die Adele Schreiber endgültig davon überzeugte, dass es Stöcker vor allem um persönliche Bereicherung ging, denn »*sie übernahm also eine beamtete Stellung, in der sie ihr eigenes Kontrollorgan war.*« wie dies in der bereits erwähnten Schrift der

»Nicht um einen Kampf zwischen älteren und neueren ethischen Anschauungen handelt es sich, sondern um einen Protest gegen ein System, das sich mit keiner Form von Ethik vereinbaren lässt, ein System der Privatinteressenwirtschaft, der Verschleierung, der Rechtsbeugung.«
o. A., 1910

»Daß die sogenannten ›sachlichen‹ Beschwerden völlig unzutreffend waren, wußte ich, – ich wollte es – erleben, ob wirklich ein Mensch die Ruchlosigkeit besitzen würde (wie ich es vorher bei der Androhung des ›Skandals‹ ruhig einem jener Helfershelfer gesagt habe), aus der Tatsache ›unangemeldeter‹ Privatbeziehungen Waffen gegen meinen Charakter zu schmieden.«
Helene Stöcker, 1910

Helene Stöcker, um 1908

Gegner_innen Stöckers formuliert wurde.[10] Darüber hinaus bezichtigten Schreiber und ihr nahestehende Personen Stöcker der Fälschung von Protokollen und der Weigerung, Mitgliederlisten und Spendenverzeichnisse vorzulegen. Der Hauptvorwurf an Stöcker war aber der, sie hätte die Kasse des Bundes nicht richtig geführt und es wäre hier zu Unregelmäßigkeiten gekommen.[11]

Stöcker versuchte nun vor allem diesen letzten Punkt zu entkräften und schlug die Einsetzung einer dreiköpfigen Kommission vor, die sich mit den verschiedenen Vorwürfen beider Seiten zu befassen hatte. Diese Kommission war jedoch bei weitem nicht in der Lage, die Konfliktlinien zu entwirren, umso mehr, als sich in einem immer schneller werdenden Tempo Vorwürfe und Gegenangriffe immer weiter auftürmten und Adele Schreiber sich nicht in der Lage sah, die belastenden Unterlagen aus der Hand zu geben. Eine sachliche Klärung rückte immer weiter in die Ferne und persönliche Animositäten schoben sich in den Vordergrund. Einen Tiefpunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien Stöcker-Schreiber, als es in einer Sitzung der Ortsgruppe Berlin am 10.1.1910 zu Tätlichkeiten kam. In dieser Sitzung griff Bruno Springer (Lebensgefährte von Stöcker und Mitglied im Vorstand) Adele Schreiber nach einem Wortgefecht mit den Worten an: »*dass wenn er aussagen wollte er noch ganz andere Dinge über Frau Schreiber sagen könnte, aus ihrem Vorleben, die sie ihm selbst anvertraut habe.*«[12] Auf die Nachfrage von Schreiber was er damit meine, berichtete Springer von einer Begebenheit in der Privatwohnung von Adele Schreiber, in der »*die Tür zu ihrem Schlafzimmer offengestanden*« habe. Im Protokoll heißt es weiter: »*Diese Worte sagte Dr. Springer in einer Weise, die keinen Zweifel übrig liess, dass sie eine schmutzige, gemeine Andeutung enthielten. Auf directe, höchst erregte Anfrage der Frau Schreiber ob diese Worte andeuten sollen, dass sie mit seinem Besuch einen Nebenzweck verfolgt habe antwortete Dr. Springer ausweichend weiterhin in der gleichen anzüglichen Weise*«[13] worauf ihn Adele Schreiber ohrfeigte und hinterher verklagte.

Bruno Springer erklärte später sein Verhalten mit einem Hinweis auf die immer wieder vorgetragenen Argumente von Adele Schreiber, die sich auf sein uneheliches Verhältnis zu Helene Stöcker bezogen. Zwar wurde von Schreiber nie öffentlich die Tatsache an sich missbilligt, trotzdem wies sie immer wieder auf das Verhältnis der beiden hin und klagte sie an, diese nicht von Anfang an für alle sichtbar gemacht zu haben. Es war das wiederholte Benennen der unehelichen Beziehung zu Stöcker, die Springer bei dieser Sitzung veranlasste – so seine Sicht – Frau Schreiber daran zu erinnern, dass auch sie vor der Ehe sexuelle Beziehungen zu Männern gehabt habe. »*Ich entgegnete ihr*« so schrieb es Springer für die Gerichte auf, »*seit wann sie denn so tugendhaft im Sinne der bürgerlichen Moral sei, mann [sic!] könnte doch, wenn man wollte, auch über ihr Privatleben mancherlei erzählen.*«[14] Im weiteren Verlauf des Schreibens kommt Springer auf den seiner Meinung nach springenden Punkt zu sprechen, wenn er die Ideen, die im B.f.M. vertreten werden, mit seinem Vorgehen gegen Frau Schreiber verbindet. Er erklärte dem Gericht die Stoßrichtung des Vereins (»Reform der ethischen Anschauungen in Geschlechtsdingen«) und schilderte Frau Schreiber als eine der glühendsten Verfechterinnen dieser Idee. »*Niemand ging ihr weit genug, alle waren ihr zu konservativ. So hat sie mir [...] entgegengehalten, ich gehöre mit meinen engherzigen Ansichten gar nicht in den Bund. Sie hat diese ihre Anschauung in Aufsätzen und Vorträgen öffentlich in der radikalsten Weise vertreten.*« Für Springer war klar, dass der Konflikt eigentlich nicht um das Privatleben von Bundesmitgliedern ging, sondern dass er aus dem persönlichen Machtstreben von Schreiber herrührte, die selber Vorsitzende werden wollte. Deshalb – so Springer – würde Adele Schreiber auch alles dafür tun, dass der Konflikt sich zu einem »*öffentlichen Skandal*« ausweiten würde.[15] In diese Verwicklungen platzte die eingangs erwähnte Schrift der Gegner_innen Stöckers »Zur Krise im Bund für Mutterschutz« und löste, wie zu erwarten war, neue Streitigkeiten aus.

Auch heutige Betrachter_innen dieses Konfliktes haben sich immer wieder gefragt, warum sich Mitglieder des Bundes für Mutterschutz über die Frage streiten, wie mit einem außerehelichen Liebesverhältnis in den eigenen Reihen umzugehen sei, wenn doch die Akzeptanz und die Propagierung solcher Verhältnisse explizit im politischen Programm des

Vereins gefordert wurden? Wie kann es sein, dass sich Mitglieder eines solchen Vereins explizit der Unmoral bezichtigen, wenn doch das Aufbrechen der strengen moralischen Normen des Kaiserreiches Vereinsziel war?

Natürlich muss an dieser Stelle auf die Differenz zwischen politischen Zielen und den Schwierigkeiten diese im persönlichen Leben umzusetzen verwiesen werden. Trotzdem bleibt die Vehemenz, die beide Parteien im Streit an den Tag legten, nach wie vor erklärungsbedürftig.

Mir scheint es an dieser Stelle zu einem ›Missverständnis‹ zwischen den beiden Seiten gekommen zu sein, welches im Eifer des Gefechtes nie wirklich ausgeräumt werden konnte und welches im weiteren Verlauf des Konfliktes als Grundlage tatsächlich vergessen wurde. Adele Schreiber ging es in erster Linie nicht darum, Stöcker und Springer ihr uneheliches Zusammenleben vorzuwerfen oder dieses moralisch abzuwerten. Vielmehr stellte sie die Frage, nach dem Öffentlichsein dieser Beziehung, bzw. danach, ob eine sexuelle Beziehung zwischen zwei Menschen dann öffentlich gemacht werden muss, wenn beide im Vorstand eines Vereines zusammenarbeiten. Hinter dieser Frage von Schreiber steckte die unausgesprochene Annahme, dass Menschen die ihr Leben miteinander teilen, auch Ansichten und Interessen teilen. Sie werden also – so vermutet es Schreiber und wahrscheinlich nicht nur sie – mit einer Stimme im Vorstand sprechen, sich gegenseitig stützen und schützen. Dies waren ihre Bedenken, die sie immer wieder formulierte und mit der Aussage, man würde ja auch kein Ehepaar gemeinsam in einen Vorstand wählen, unterstrich.[16]

Stöcker und Springer verstanden die Frage von Schreiber aber immer als persönlichen Angriff auf ihre Lebensform und reagierten darauf mit Unverständnis und Vehemenz. Interessant ist, dass vor allem Helene Stöcker dies nutzte, um immer wieder zu betonen, die Angriffe richteten sich gegen sie persönlich. Dabei nutzt sie Vokabeln die an einen auf Leben und Tod geführten Kampf erinnern; so wenn sie von einem »*Vernichtungskampf*« schreibt oder ausführt: »*Als meine Gegner zu ihrem Staunen sahen, daß ihre Broschüre mich nicht getötet hatte, ging das ›Schießen mit den stärksten Kanonen‹ los.*«[17] Sie stilisiert sich stark als Opfer und als Mensch, der seinen Idealen treu bleibt, während die andere Seite aus Menschen zu bestehen scheint, die sich zwar theoretisch für eine neue Ethik einsetzen, die diese aber nicht leben und nicht verstehen. Stöcker übersieht dabei die tatsächlich nicht geklärte Frage der öffentlichen Dimension von Beziehungen, von in der Öffentlichkeit stehenden Personen. Diese neue Frage stellte sich tatsächlich in dem Moment zum ersten Mal, als die gesellschaftlich akzeptierte Form des Zusammenlebens als Ehepaar brüchig wurde und sich Menschen fanden, die eine neue Form des Zusammenlebens praktizierten. Die Einsicht der Frauenbewegung der 1970er Jahre, dass die selbstgewählte Lebensform keine ›private‹ Angelegenheit ist, sondern eine ›öffentliche‹, zeigte sich hier zum ersten Mal.

Die Publikationen

Für Bernd Nowacki, der bereits 1983 eine wissenschaftliche Untersuchung zum Bund für Mutterschutz vorlegte, wird aus der Krise im Bund dann ein Skandal, als die Gegner_innen von Stöcker zu Beginn des Jahres 1910 die Broschüre »Zur Krise im Bund für Mutterschutz« vorlegten. Die Situation spitzte sich auch deswegen weiter zu, weil diese Broschüre von der Presse des In- und Auslandes aufgegriffen wurde[18] und sich Helene Stöcker schließlich gezwungen sah, sowohl eine außerordentliche Generalversammlung des Bundes zu beantragen, als auch gegen die Verfasser_innen der Broschüre und Adele Schreiber einen Gerichtsprozess wegen übler Nachrede und verleumderischer Beleidigung anzustrengen, den sie aber verlor.[19] Auch den damals beteiligten war durchaus klar, dass die Publikation einer eigenen Schrift, eine neue Stufe der Eskalation bedeutete. »*Es sind*« führt die Gruppe um Schreiber zu ihren Gründen der Publikation aus »*zahlreiche Versuche unternommen worden, um die nötige Klärung und Reorganisation herbeizuführen, ohne all diese Angelegenheiten der Öffentlichkeiten unterbreiten zu müssen. Alle im Interesse der Sache unternommenen Schritte sind an dem Widerstand von Dr. Stöcker gescheitert, während diese nun in völligem Gegensatz zur Wahrheit behauptet, man suche von anderer Seite den öffentlichen Skandal.*«[20] Dies war das erste Mal, dass in publizierter

»Es sind zahlreiche Versuche unternommen worden, um die nötige Klärung und Reorganisation herbeizuführen, ohne all diese Angelegenheiten der Öffentlichkeit unterbreiten zu müssen. Alle im Interesse der Sache unternommenen Schritte sind an dem Widerstand von Dr. Stöcker gescheitert, während diese nun in völligem Gegensatz zur Wahrheit behauptet, man suche von anderer Seite den öffentlichen Skandal.«
o. A., 1910

Adele Schreiber, um 1920

Form von Skandal gesprochen wurde, allerdings mit dem Impetus, dass dieser eigentlich verhindert werden sollte.

Auf diese Anklageschrift reagierte Helene Stöcker in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift: »Die Neue Generation« mit gleich drei Artikeln[21] und mit einer gesonderten Publikation.[22] Sowohl in der Artikelserie als auch in der Monographie versuchte Stöcker detailliert alle Angriffe gegen sich und ihre Arbeit systematisch zu widerlegen. Vor allem der Vorwurf der persönlichen Bereicherung wurde dabei von ihr sehr detailliert behandelt. Stöcker machte dabei unmissverständlich klar, dass sie ohne finanzielle Entlastung nach zwei Jahren Aufbauarbeit für die Mutterschutzbewegung finanziell nicht mehr in der Lage gewesen war, diese weiter unentgeltlich zu leisten. »*Die rasch ins Große wachsende Arbeit, die die ganze Kraft eines Menschen verlangte, war unmöglich noch rein ehrenamtlich zu tun. Eine Arbeit von vielen Stunden am Tage kann nur noch ein Mensch mit sichrer Rente unentgeltlich schaffen.*«[23]

Nach dem der neu eingestellte Generalsekretär die von ihm erwartete Umstellung der Finanzverwaltung auf eine »*streng kaufmännische Buchführung*« nicht leistete und kündigte, sah sich Stöcker – nach ihren eigenen Aussagen – genötigt »*in die Bresche zu springen. Ich stellte daher den Antrag, mir p r o v i s o r i s c h für ein Jahr die Geschäftsführung zu übertragen, hauptsächlich aus drei Gründen: erstens, um die verantwortliche Aufsicht übernehmen zu können, zweitens, weil es mir nicht gut schien, das Bureau in die Klinik des Herrn Dr. L.*[24] *zu verlegen [...] und endlich weil ich eine ausgedehnte Finanzpropaganda – wie sonst Ideenpropaganda – vornehmen wollte [...]. Ich hoffte in dieser Zeit die Geschäftsführung in so sichere Bahnen zu bringen, daß sie später mit Leichtigkeit weiterlaufen würde.*«[25] Dieses Vorgehen scheint auch aufgegangen zu sein, denn die Generalversammlung 1910 in Halle stellte fest, dass die Kasse in Ordnung sei und »*daß auch nicht der geringste Anlaß für die Annahme vorliegt, daß vor dieser Zeit eine den Satzungen widersprechende Verwendung der Gelder vorgekommen sei.*«[26] Die weitere Entwicklung zeigte jedoch, dass mit dem Beschluss der Generalversammlung keine Ruhe in den Bund kam. Auch nach dieser Resolution stand Helene Stöcker massiv unter Druck und in diversen Prozessen wurden die Streitigkeiten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges immer weiter fortgesetzt. Adele Schreiber schied Ende 1909 aus dem Vorstand des B.f.M. aus und führte als Begründung an: »*Die Übertragung des Generalsekretariats an Dr. Stöcker macht es mir unmöglich, die jedes Vorstandsmitglied treffende Verantwortung für eine ordentliche Geschäftsführung auf mich zu nehmen.*«[27] Nachdem sie sich auch auf einer außerordentlichen und einer ordentlichen Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin 1910 nicht durchsetzten konnte, schied sie mit ihren Anhänger_innen aus dem B.f.M. aus und gründete noch im gleichen Jahr eine eigene Organisation, die »Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht«. Bei der in Halle abgehaltenen Generalversammlung des B.f.M. war dann beschlossen worden, die Bundesleitung nicht mehr in Berlin zu belassen, sondern nach Breslau zu verlegen. Die Ortsgruppe Breslau übernahm am 1.4.1910 die Geschäfte und setzte zur Leitung des Bundes eine aus vier Mitgliedern bestehende Kommission ein. Erster Vorsitzender wurde Max Rosenthal; dieser legte Anfang Mai 1911 einen detaillierten Kassen- und Geschäftsbericht vor. Hieraus wurde deutlich, dass die neue Bundesleitung auf die Einrichtung eines eigenen Büros und auf die Anstellung einer/s Geschäftsführers_in verzichtet hatte. Damit war die offizielle Krise im B.f.M. ausgestanden und der Bund konnte sich wieder seiner eigentlichen Aufgabe zuwenden. Allerdings standen im Hintergrund immer noch Privatklagen von Schreiber gegen Stöcker und Springer aus, die erst im Verlauf der nächsten Jahre verhandelt wurden, bzw. die auch häufig zurückgewiesen wurden.[28] Allerdings lagen auf beiden Seiten die Nerven bloß und es kam immer wieder zu gerichtlichen Auseinandersetzungen bzw. zur Androhung einer solchen. Erst der Erste Weltkrieg scheint diesen im Hintergrund schwelenden Konflikt endgültig beendet zu haben, auf jeden Fall enden hier die Akten und es sind auch in anderen Quellen keine weiteren Konflikte mehr ersichtlich.

Ich möchte an dieser Stelle die Ebene der Auseinandersetzungen verlassen und mich nun der Rolle der Presse innerhalb dieses Konfliktes zuwenden. Liest man die Akten, als auch die gedruckten Schriften beider Seiten, so fällt die enorm starke Stellung auf, die die Presse in der Argumentation einnahm. Dabei können verschiedene Argumentationsweisen voneinander unterschieden werden.

Die Presse die es zu vermeiden gilt und die, die man nutzt

Helene Stöcker wies in ihren Schriften der Presse die Rolle der Antreiberin und Skandalmacherin zu. »*Und dieselben Zeitungen, die zum Bericht über unsere Arbeit trotz vielen Bittens gar keinen oder wenig Raum hatten, konnten nun auf einmal über die sogenannte ›Krise‹ im Bund nicht eilig genug ihre Spalten füllen.*« Oder: »*So gingen diese Anklagen ungeprüft in die Presse des In- und Auslandes über, so daß in wenig mehr als dreimal vierundzwanzig Stunden ein Mensch, der lange Jahre seine Arbeit in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt hat, geächtet schien.*«[29] Hier wird der Presse der Platz zugewiesen, wie es im Modell von Medienskandalen dargestellt wird. Die Presse ist diejenige, die den Skandal erst herstellt, darstellt, kulminiert und schließlich auslaufen lässt.

Dabei stellt sich die Situation für die direkt vom Skandal betroffenen, bzw. in diesem Fall den Skandal direkt austragenden Personen durchaus anders dar. Denn für diese gab es schon vor der Herstellung des Skandals durch die Presse den Konflikt, dieser wurde dann durch die Publikation der Schreiber-Unterstützer_innen lediglich von der Presse aufgegriffen und gelangt zur Kenntnis einer breiteren Öffentlichkeit. Das Bekanntwerden des Skandals in der Öffentlichkeit (also der eigentliche Start des Medienskandals) wird hier als eine weitere Eskalationsstufe des Konfliktes verstanden, welche eine Lösung eher verhindert als ermöglicht habe. So formuliert Stöcker, dass durch das Aufgreifen der Presse endgültig die ›Krise im Bund für Mutterschutz‹ nicht mehr intern verhandelbar sei, was dazu führe, dass auch sie selber Gegenstrategien entwickeln müsse. So warf sie ihren Gegenspieler_innen vor, nie eine Lösung innerhalb des Verbandes gesucht zu haben, sondern recht schnell durch die Weitergabe an die Presse die Situation verschärft zu haben. »*Wenn es um der Sache willen geboten gewesen wäre, den Kampf innerhalb des Bundes (ohne den häßlichen Lärm in der Öffentlichkeit, von dem jedes Kind sich sagen mußte, daß er den Bund schwer schädigen würde) auszutragen, so steht es jetzt leider nicht mehr in meiner Macht, die Gegenrede zu vermeiden. Dies ist jetzt Recht und Pflicht der Notwehr geworden.*«[30]

Die Notwehr sah von ihrer Seite aus so aus, dass sie ihrerseits begann, ihre Publikationsmöglichkeiten zu nutzten, um ihre Sicht darzulegen. So veröffentlichte sie als Antwort auf die publizierten Vorwürfe die Schrift »Krisenmache« und nutzte vor allem die von ihr herausgegebene Zeitschrift »Die Neue Generation« um eine Gegenöffentlichkeit herzustellen, bzw. sich gegen die Presseberichte über sie zu wehren. Trotz ihrer eigenen Aktivitäten war sie es, die sich immer wieder über die Einseitigkeit und Unzuverlässigkeit der Presse beklagte. So, wenn die Presse ungefragt berichtete: »*Die Presse hielt sich an unseren Beschluß, vorläufig nicht zu berichten, nicht und nahm einseitig die Anklage auf, auf die sie seit Tagen systematisch vorbereitet war*« oder wenn sie sich in ihrer persönlichen Ehre verletzt fühlte.[31] Helene Stöcker stellte es in ihren publizierten Berichten stets so dar, als wenn in diesem Fall die beste Presse diejenige sei, die man verhindere.

Dieses aus den Beiträgen von Stöcker sich ergebende Bild verändert sich deutlich, wenn man die Akten aus dem Nachlass von Schreiber für die Analyse mit hinzuzieht. Dann wird deutlich, dass beide Parteien ein zähes Ringen um die Deutungshoheit in der Presse ausfochten. Beide Frauen wussten, dass sie jetzt eine ›gute‹ Presse für die eigene Sache bekommen mussten. So ist dem Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung der Ortgruppe Berlin am 7.5.1910 zu entnehmen, dass die Frage, wer Zugang zu den Mitgliedern hatte, wer also im Vereinsorgan publizieren konnte (also gehört wurde), ein Punkt war, der äußerst heftig debattiert wurde. Der Vorwurf wurde laut, dass Frau Schreiber die Presse »*bearbeitet habe*«, während Frau Stöcker die Möglichkeit hatte »*im Vereinsblatt zu den Mitgliedern zu sprechen.*«[32] Im weiteren Verlauf der wohl sehr hitzigen Debatte wurde von beiden Seiten der Vorwurf laut, die jeweils andere Seite hätte einen sehr viel besseren Zugang zur Presse. Die eigenen Bemühungen um die Presse wurden heruntergespielt, die der anderen Seite dagegen aufgebauscht. »*Frau Schreiber verwahrt sich noch gegen den Vorwurf, dass sie eine Pressecampagne eingeleitet [habe; K.W.] Sie habe nur zwei Artikel geschrieben*« so die Seite von Adele Schreiber, während Stöcker wissen ließ, dass es »*schwer für sie gewesen [sei; K.W.], überhaupt eine Berichtigung unterzubringen; zuerst nahm die Presse von ihr gar keine Berichtigung an, weil sie glaubte, dass alle Anklagen wahr seien.*« Dass von ihr keine Gegenrede erschienen sei, »*habe in der Presse eine ganz falsche Deutung erfahren. Dr. Stöcker musste zur Erwiderung die Neue Generation nehmen, weil sie derartig mit Schmutz beworfen worden sei und ihr gar kein anderes Organ zur Verfügung stand [...].*«[33]

An diesen Passagen ist besonders interessant, dass der gute Zugang zur Presse, der innerhalb der Verbandsarbeit von entscheidender Bedeutung ist, da er die Berichterstattung der Vereinsarbeit erst ermöglichte, hier eine völlige Uminterpretation erfährt. Beide Parteien bestreiten einen guten Zugang zur Presse und dies, obwohl »*beide Damen Schriftstellerinnen sind, die in Wort und Schrift übermässig fähig [sind; K.W.].*«[34] Dies zeigt, dass die Presse nicht als unparteiische Berichterstatterin wahrgenommen wird, sondern als Gegnerin der eigenen zu verteidigenden Position. In vielen Äußerungen wird deut-

»Und da es nun noch immer kein Ende geben soll, der Kampf gegen mich in der Presse wie von Mensch zu Mensch mit denselben tausendmal widerlegten Vorwürfen fortgeführt wird, so war diese Abfertigung geboten, auf daß Vernunft einkehre, daß nicht länger Neid und Haß uns Monate unseres Lebens mit grausigen Kleinlichkeiten und widerlichen Zänkereien raube.«
Helene Stöcker, 1910

»Während der Bund für Mutterschutz viele Angriffe von aussen erfolgreich bestand, erlitt er seit Anbeginn stets neue innere Kämpfe, die seine Entwicklung schwer schädigten, und fast alljährlich gab es eine unerfreuliche ›Affäre‹.«
o. A., 1910

lich, dass die Presse und ihre Vertreter_innen sehr skeptisch gesehen werden, umso mehr als sie »*sich in einem weit höheren Masse der Sache angenommen [habe; K.W.], als ihr zukomme*«, mit »*Schmutz*« geworfen habe und in einer »*sensationellen Mache*« berichtet habe.[35]

Bei diesen Äußerungen muss bedacht werden, dass diese in der vereinsinternen Öffentlichkeit fielen, dass es also um ein Sprechen im Konflikt ging. Da sich beide Parteien als diejenigen darzustellen versuchten, die sich lediglich gegen Angriffe ›verteidigten‹, beschritten beide den Weg der Abwertung der Presse. Denn wer in der Presse Gehör fand, war nicht mehr Opfer, sondern Täterin, war nicht mehr passiv, sondern aktiv, verteidigte sich nicht mehr, sondern griff an.

»Niemandes Privatleben, dessen feinste Motive und innerste Vorgänge den Draußenstehenden ewig verborgen bleiben müssen, darf in die Öffentlichkeit gezogen werden. Das Privatleben ist unantastbar, – ein Satz, so selbstverständlich für jeden Anständigen, doppelt selbstverständlich im Bund für Mutterschutz, daß man sich schämt, davon sprechen zu sollen.«
Helene Stöcker, 1910

Dieser Bedeutungszusammenhang war allerdings auch nur wieder die offiziell erzählte Variante für die Vereinsmitglieder. Im Hintergrund versuchten sowohl Schreiber als auch Stöcker die Presse für ihre Sicht zu gewinnen, allerdings so, dass sie nicht als direkt Handelnde sichtbar wurden. Dies zeigt exemplarisch ein Brief vom 16.3.1910 von Adele Schreiber an Herrn Drill von der Frankfurter Zeitung. In diesem Brief beschwerte sich Schreiber, dass die Frankfurter Zeitung einen Artikel von Gretel Meisel-Hess »*noch dazu an leitender Stelle*« pro Stöcker abgedruckt hatte, der von Stöcker lanciert worden sei.[36] Nach einer ausführlichen Darlegung, warum dieser Artikel nicht unwidersprochen bleiben dürfe, bat Schreiber: »*Ich möchte Sie heute nun herzlichst bitten, einen Aufsatz, den Frau Francis Sklarek Ihnen einsendet, möglichst bald Aufnahme in der Frankfurter Zeitung zu gewähren, damit die unheilvolle Wirkung jener Phantasien von Frau Grete Meisel-Hess einigermassen paralisiert [sic!] werden. [...] Ich habe hier in Berlin mit Ihrem Korrespondenten gesprochen, der sich uns durchaus zur Verfügung stellen wollte, um ihm übergebenes authentisches Material eventuell zu bearbeiten, meinte [er; K.W.], es sei besser, sich direkt an die Redaktion, an Sie, sehr geehrter Herr Doktor zu wenden. Ich erbitte Ihr freundliches Interesse für die Sache der Wahrheit.*«[37]

Es ist interessant zu sehen, welche Schritte von beiden Seiten unternommen wurden, um im Streit der Ansichten zu gewinnen. Auf beiden Seiten wurden Gewährsfrauen und -männer gesucht und diese versuchten ihrerseits Artikel in der Presse zu lancieren. Beide Parteien achteten darauf, dass nicht die im Konflikt involvierten Hauptfiguren in der Presse erschienen, sondern andere, die aber für die gemeinsame Sache aussagten. Sowohl Stöcker als auch Schreiber versuchten sehr aktiv solche zuverlässigen Stellvertreter_innen zu finden, dies zeigen mehrere Briefe, die sich im Nachlass von Schreiber finden. So versuchte in der Hochphase das Vereinsmitglied Bruno Mayer das Vereinsmitglied Max Zucker davon zu überzeugen, sich einer der Seiten anzuschließen, was dieser aber mit sehr klaren Worten ablehnte.[38] Interessant ist auch ein Antwortbrief von Auguste Kirchhoff, die ebenfalls für eine direkte Parteinahme gewonnen werden sollte. Die Bremerin lehnte energisch ab und versuchte Adele Schreiber klar zu machen, welche Probleme – vor allem für die Frauenbewegung – sich aus diesem öffentlichen Handeln ergeben. »*Der Kampf hat Formen angenommen, früher, jetzt auch, wo i c h nicht mit kann. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich finde, n i c h t s hat unsrer Mutterschutzbewegung, nichts der Frauenbewegung im allgemeinen so viel geschadet, als dieser Kampf, der die intimsten, persönlichsten Dinge zweier Frauen der Öffentlichkeit preisgiebt. Ich möchte beiden Seiten nur das e i n e wünschen, dass nun S c h l u ß ist. [...] Daß ich Ihnen Veröffentlichungen und Äußerungen der Gegenpartei zur Kenntnis bringen soll, erwarten Sie aber im Ernst nicht von mir, liebe Frau Schreiber, ich bin doch kein Zwischenträger, ich möchte in diesen Kampf auf keinen Fall hineingezogen werden [...].*«[39]

Die Presse spielte in diesem Skandal die Rolle der Schiedsrichterin und nahm damit eine entscheidende Rolle ein; allerdings war allen Beteiligten klar, dass der Anspruch der Objektivität der Presse wenigstens nach außen hin gewahrt bleiben musste, was eine direkte Einflussnahme offiziell verbot. Inoffiziell aber setzte ein munteres Treiben von allen beteiligten Seiten ein, die Presse im eigenen Sinne zu beeinflussen. Sei dies durch Gespräche mit Reportern, Briefe an Redaktionen, Lancieren von Artikeln oder dem Versenden von eigenen Publikationen. Dies alles verweist auf die gelebte Praxis, gestaltend und lenkend in einen Medienskandal einzugreifen, bzw. dies wenigstens zu versuchen. Die im Skandalgeschehen stehenden Personen wurden damit zu a k t i v gestaltenden Protagonist_innen, die sowohl die Pressearbeit kannten als auch die Mechanismen eines Medienskandals. Beide wussten sehr genau, dass es die Presse war, die die Sieger_in und Verlierer_in im Kampf um die ›Wahrheit‹ kürte; beiden war aber auch bewusst, dass dies nicht von der Presse alleine ausgehandelt wurde, sondern dass es Einflussmöglichkeiten und -wege gab, die es zu nutzen galt. In die Untersuchung von Medienskandalen, von Skandalen insgesamt, darf also die a k t i v e Rolle der von einem Skandal betroffenen, bzw. von Menschen, die einen Skandal a k t i v gestalteten, nicht unterschätzt werden. Interessant ist, dass dieser Mechanismus anscheinend auch den Institutionen bekannt war, die dann mit den Folgen eines Skandals betraut waren und die in diesem Fall das ›Abflauen‹ des Skandals begleiteten, nämlich die Gerichte. So verfügte das Gericht im Fall der Klage Adele Schreiber gegen Bruno Springer, dass die Erklärung Springers, er nähme alle Beleidigungen gegen Frau Schreiber »*mit dem*

Ausdruck des Bedauerns« zurück, auch in der Presse veröffentlicht werden solle. »*Die Veröffentlichung dieser Erklärung erfolgt auf seine [Springers; K.W.] Kosten nach Ermessen der Frau Adele Schreiber in nachbenannten Blättern, je zweimal hintereinander und kann noch ein drittesmal auf seine Kosten wiederholt werden, wenn dies nach dem Ermessen der Klägerin und ihrer Anwälte notwendig erscheint. Berliner Tageblatt / Berliner Lokalanzeiger / Frankfurter Zeitung / Neue Generation.*«[40] Damit hatte die Presse auch von der Beilegung eines Skandals noch einen Nutzen, nämlich als kostenpflichtiges Mitteilungsorgan.

Anmerkungen

1 Die Autobiographie von Helene Stöcker liegt im Swarthmoore College in der Peace Collection. Eine Kopie befindet sich in der Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung zur Einsicht.
2 Christel Wickert: Helene Stöcker, 1869-1943, Frauenrechtlerin, Sozialreformerin und Pazifistin; eine Biographie, Bonn 1991; Asja Braune: Konsequent den unbequemen Weg gegangen. Adele Schreiber (1872-1957). Politikerin, Frauenrechtlerin, Journalistin, Berlin, Humboldt-Universität, Philosophische Fakultät, Dissertation, 2003. Die Arbeit ist unter http://edoc.huberlin.de/dissertationen/braune-asja-2003-01-27/HTML/ online abrufbar – Zugriff 06.09.2012.
3 Siehe hierzu z.B.: Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie, Berlin 2005, S. 36f.
4 Frank Bösch: Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, München 2009, S. 4.
5 Karl Otto Hondrich: Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 2002, S. 11.
6 Martin Kohlrausch: Der Monarch, S. 37.
7 Ebenda, S. 38.
8 Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, o.O. 1910, S. 3. Als weitere Zuträger_innen zu dieser Schrift wurden noch Dr. Hermann Beck, Dr. Ernst R.W. Frank, Clara Hirschberg, Hedwig von Knobloch, Hermine Lesser und Dr. Bruno Sklaret genannt, alles Mitglieder bzw. Ex-Mitglieder im Bund.
9 Helene Stöcker an den Vorstand des Deutschen Bundes für Mutterschutz, 28.6.1909, Bundesarchiv Koblnz (BAK), Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 18, S. 32.
10 Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, S. 6.
11 Wahrscheinlicher dürfte gewesen sein, dass das schnelle Wachsen des Vereins (was ja auch eine Ausdehnung der Finanzmittel bedeutete) und der mangelnde Sachverstand in Fragen der Verwaltung von Finanzen zu dieser Schieflage geführt hatte.
12 Protokoll der Vorgänge am Schluss der Vorstandssitzung der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Bundes für Mutterschutz am 10. Jan. 1910, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 25, S. 151.
13 Ebenda.
14 Klagebeantwortung in Sachen Schreiber / Springer, 2. Schriftsatz des Herrn Springer, Berlin 4.4.1910, S. 77/78, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 38.
15 Ebenda, S. 78 und 80.
16 Wobei Adele Schreiber selbstverständlich davon ausgeht, dass (Ehe)paare immer die Meinung des anderen unterstützen. Unterschiedliche Ansichten von Ehepartnern denkt sie hier nicht.
17 Helene Stöcker: Krisenmache. Eine Abfertigung, o.O. 1910, S. 8 und 63.
18 Artikel zur Krise im Bund für Mutterschutz erschienen z.B. in mehreren Berliner Zeitungen, in Frankfurt, München und Hamburg. Siehe hierzu: Akte betr. Schriftstellerin Adele Schreiber, Politische Polizei Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, S 14459.
19 Bernd Nowacki: Der Bund für Mutterschutz (1905-1933), Husum 1983, S. 65.
20 Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, S. 18.
21 Helene Stöcker: Unsere ›Krise‹, in: Die Neue Generation, Nr. 3, 4 und 5, 1910.
22 Helene Stöcker: Krisenmache. Eine Abfertigung, o.O. 1910.
23 Helene Stöcker: Unsere ›Krise‹, in: Die Neue Generation, Nr. 3, 14.3.1910, S. 100.
24 Gemeint war Dr. Wilhelm Liepmann, der sich bereit erklärt hatte, auf eigenes Risiko die schon lange geplante Frauenklinik des Bundes aufzubauen und zu leiten. Der Plan zerschlug sich, allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch geplant, die Geschäftstelle des Bundes in die Frauenklinik zu verlegen. Siehe dazu: Nowacki: der Bund, S. 59ff.
25 Helene Stöcker: Unsere »Krise«, in: Die Neue Generation, Nr. 3, 14.3.1910, S. 102/103.
26 Helene Stöcker: Krisenmache, S. 64.
27 Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise, S. 9.
28 Siehe z.B. Beschluss des Kgl. Amtsgerichts Charlottenburg v. 20. März 1910, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 19, S. 285.
29 Helene Stöcker: Unsere »Krise«, in: Die Neue Generation, Nr. 3, 14.3.1910, S. 100 und 97.
30 Ebenda, S. 98.
31 Beides siehe ebenda.
32 Ausserordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe des Bundes für Mutterschutz am 7. Mai 1910 im Architektenhause zu Berlin, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 25, S. 15ff.
33 Alle Zitate ebenda.
34 Ebenda, S. 23.
35 Alle Zitate ebenda.
36 Brief von Adele Schreiber an Herrn Doktor Drill, Frankfurter Zeitung, 16.3.1910, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 19, S. 247-248, hier S. 247 Rückseite.
37 Ebenda, S. 248.
38 Brief an Max Zucker, 6. Mai 1910, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 19, S. 385-392.
39 Brief von Auguste Kirchhoff an Adele Schreiber vom 1.5.1913, zitiert nach: Ajsa Braune: Konsequent den unbequemen Weg gegangen. Adele Schreiber (1872-1957), Politikerin, Frauenrechtlerin, Journalistin, online unter: http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/braune-asja-2003-01-27/HTML/front.html#front, das Zitat findet sich im Kapitel: Die Krise im Bund für Mutterschutz: http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/braune-asja-2003-01-27/HTML/chapter4.html#N12455 – Zugriff 06.09.2012.
40 Vergleich Schreiber / Springer, BAK, Nachlass Schreiber, N 1173, Nr. 38, o.D., S. 20.

Randzitate

Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, o.O. Februar 1910, S. 23.
Helene Stöcker: Krisenmache. Eine Abfertigung, o.O., Mai 1910, S. 10.
Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, S. 18.
Helene Stöcker: Krisenmache, S. 63.
Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, S. 1.
Helene Stöcker: Krisenmache, S. 62.

Bildnachweise

Seite 16: Stöcker, Helene: Die Liebe und die Frauen, 2. durchges. u. verm. Aufl., Minden i.W. [1908], S. 0.
Seite 17: Zeitungsausriß, Quelle unbekannt, Foto: Lendvai-Dircksen; Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung, Kassel.
Seite 18: Titelblätter von: »Regine Deutsch / Francis Sklarek (Hg.): Zur Krise im Bund für Mutterschutz, o.O., Februar 1910« und »Helene Stöcker: Krisenmache. Eine Abfertigung, o.O., Mai 1910«.